



Evangelische Verantwortung



Ein Plädoyer für den frei- willigen Dienst

Dr. Thomas de Maizière MdB
Bundesminister der Verteidigung *Seite 3*

Islam – Ein Teil Deutschlands?

Dr. Gottfried Mehnert *Seite 6*

- 9** *Evangelisches Leserforum*
- 13** *Die deutsche Islamkonferenz als Wegweiser*
- 18** *Aus unserer Arbeit*

Liebe Leserin, lieber Leser,



Eine verantwortliche und zukunftsfähige Umwelt-, Energie- und Klimapolitik muss von einem redlichen Bemühen um eine ganzheitliche und vorurteilsfreie Betrachtungsweise ausgehen.

Wahlkampfgeleit – erfreulicherweise auch zu einem neuen Innehalten und intensivierten Nachdenken über verantwortbare Wege einer **Energiepolitik** der Zukunft geführt.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB hat zusammen mit der Bundesregierung deutlich gemacht, dass die beängstigende **Havarie des Atomkraftwerkes von Fukushima** neue Fragestellungen im Hinblick auf die Sicherheitsstandards aller, also auch der deutschen Atomkraftwerke aufwirft. Das dreimonatige Moratorium und die nun folgenden Beratungen sind deshalb ein erster, richtiger und wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer Energiewende und nachhaltigen Energiepolitik, die im Zeichen eines breiten gesellschaftlichen Konsenses und eines schnellstmöglichen Umstieges ins Zeitalter der regenerativen Energien stehen sollte.

Wichtig ist, dass wir in den anstehenden Debatten klar auf manche Konsequenzen, Schwierigkeiten und Herausforderungen eines Paradigmenwechsels hinweisen: Wie wollen wir unseren enormen Strombedarf künftig decken? Wie viel Verteuerung der Energiepreise ist den Bürgerinnen und Bürgern und der Industrie zuzumuten? Wie können wir Engpässe und Abhängigkeiten in Bezug auf die Energieversorgung vermeiden? Wie halten wir es künftig mit unseren ehrgeizigen Klimaschutz-Zielen zur Senkung der Treibhausgasemissionen, wenn wir womöglich gezwungen sein werden, neue Kohle- und Gaskraftwerke zu bauen? Wie schaffen wir die für die Versorgung mit erneuerbarer Energie notwendige Infrastruktur, ohne dass auf der anderen Seite jedes Neubauprojekt – ob nun von Windrädern, Hochspannungsleitungen oder Pumpspeicherkraftwerken – sofort durch regionale Bürgerinitiativen oder Proteste behindert wird?

Misslicherweise leidet die derzeitige Debatte immer noch unter ideologischen Vorfestlegungen, verhärteten Positionen und thematisch oder regional verengten Perspektiven. Da aber eine verantwortliche und zukunftsfähige Umwelt-, Energie- und Klimapolitik von einem redlichen Bemühen um eine

wir leben in Zeiten, in denen die ökologischen Fragestellungen und das Bewusstsein für unsere Umwelt und unser Klima immer bedeutsamer werden. Die großen **Erdbeben und der Tsunami in Japan** haben uns auf erschreckende Weise nicht nur in Erinnerung gerufen, dass uns diese Erde immer wieder auch ihre lebensbedrohlichen und zerstörerischen Seiten zeigt, sondern dass der menschlichen Beherrschbarkeit von Natur und Technik auch klare Grenzen gesetzt sind. Die größte Naturkatastrophe seit dem **Erdbeben von Lissabon im Jahre 1755** hat in unserem Land – neben so mancher Hysterie und so manchem parteipolitisch-ideologischem

ganzheitliche und vorurteilsfreie Betrachtungsweise ausgehen muss, haben alle ökologischen und politischen Bewertungen und Handlungsableitungen stets mit einer sachlichen, ideologiefreien Zustandsanalyse des Gesamtsystems zu beginnen. Die separate Betrachtung oder gar emotionale Überbetonung einzelner Komponenten oder Maßnahmen verstellt den Blick auf Zusammenhänge und Langzeitwirkungen. Dies bedeutet, dass wir jegliches sektorales Handeln in den Bereichen Agrarwirtschaft, Ernährung, Energiewirtschaft und Umweltschutz tunlichst zu vermeiden und stattdessen die Verwirklichung integrativer Ansätze zu befördern haben.

Die Menschheit steht insgesamt vor großen Herausforderungen: Während wir in den reichen Industrieländern seit Jahrzehnten in einem historisch beispiellosen Überfluss leben und Nahrung, Wasser und Energie in bisher ungekannten Größenordnungen verbrauchen, leiden fast eine Milliarde Menschen Hunger und haben nur unzureichenden Zugang zu sauberem Wasser, Energie oder nutzbarem Land. Auch daran gilt es, dieser Tage zu erinnern.

Für uns als engagierte Christen in der Politik ist der biblische Schöpfungsglaube eine wichtige Grundlage und Motivation für unsere Verantwortung sowohl für unsere Mitmenschen und Mitgeschöpfe als auch für Umwelt und Klima. Gegenüber dem neuzeitlichen und modernen Zerrbild vom Menschen als grenzenlosem und sich selbst ermächtigenden Herrscher über die Welt und der damit einhergehenden Praxis der immer schonungsloseren Ausbeutung der Natur sowie der Zerstörung der eigenen Lebensgrundlagen wollen wir im Geiste der biblischen Verheißungen darum gemeinsam auf unserer **48. EAK-Bundestagung in Berlin** darüber nachdenken, was in der jetzigen Situation politisch und gesellschaftlich not tut und das Gebot der Stunde ist. Hierzu möchte ich Sie an dieser Stelle herzlich einladen.

Diskutieren Sie mit, seien Sie dabei! Wir freuen uns sehr, auf unserer diesjährigen Bundestagung am **13. Mai** wieder unsere CDU-Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel MdB**, bei uns willkommen heißen zu dürfen. Unter den vielen prominenten Gästen werden unter anderem der bekannte systematische Theologe, **Prof. Dr. Jürgen Moltmann**, und der Bundesumweltminister **Dr. Norbert Röttgen MdB** zu uns sprechen.

Ich hoffe, Sie auf unserer Tagung in Berlin begrüßen zu dürfen und freue mich auf fruchtbare und spannende Diskussionen mit Ihnen!

Gottes Segen!

Ihr

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



*Verantwortung für die Gesellschaft: Ein Plädoyer für den **freiwilligen Dienst***

| *Dr. Thomas de Maizière MdB*

Ein bekanntes Wort des griechischen Philosophen Heraklit von Ephesos lautet: „Nichts ist so beständig wie der Wandel.“ Mit Veränderungen geht jeder auf seine Art und Weise um. Für manche kann es nicht schnell genug gehen. Andere wiederum nehmen jede Veränderung als etwas Bedrohliches wahr, als Gefährdung des Bekannten und vermeintlich Sicherem. Leider können diejenigen, die in dunklen Farben düstere Bilder unserer Gesellschaft zeichnen, in unserer Mediendemokratie zumeist auf größere öffentliche Aufmerksamkeit zählen. Schlechte Nachrichten finden schnell Gehör. Möglicherweise ungehört, aber glücklicher ist hingegen, wer mit der eigenen Lebenserfahrung und in der Gewissheit des christlichen Glaubens leben kann. Politische Verantwortung bringt im Besonderen die

Verpflichtung mit sich, mit wachem Blick auf unsere Gesellschaft die Probleme klar anzusprechen, aber ebenso die Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten zu sehen und sie zu nutzen.

Unsere Gesellschaft ist im Wandel: Traditionelle Institutionen drohen an Bedeutung zu verlieren. Familie und Vereine geraten in Folge der um sich greifenden Individualisierung unter Druck, Parteien verlieren in Zeiten abnehmender Identifikation mit Institutionen schleichend an gesellschaftlicher Bindekraft. Unseren Kirchen geht es nicht viel besser. Diesen Wandel empfinden viele als Verlust. Doch Wandel bedeutet auch Positives: Das vermehrt zu beobachtende Engagement in Form von Bürgerinitiativen und privaten Stiftungen ist dafür nur ein Beispiel. Mit dem Internet sind völlig

neuartige Möglichkeiten entstanden, für unterschiedlichste Anliegen – seien es nun soziale, politische oder andere Vorhaben – Mitstreiter und Unterstützung zu gewinnen. Sicherlich birgt das Internet auch Gefahren, doch mit Blick auf das gesellschaftliche Miteinander steht schon heute fest: Mit den Neuen Medien sind bisher nicht vorstellbare Formen von Gemeinschaft längst zur Realität geworden und prägen vor allem den Alltag junger Menschen. Mit Hilfe der Sozialen Netzwerke wird das, was einzelne beobachten, schnell zum Projekt von vielen. Auch die Bereitschaft der Menschen in Deutschland, sich für andere einzusetzen, ist nach wie vor hoch. Von fehlender Anteilnahme oder mangelndem Verantwortungsbewusstsein kann nicht die Rede sein. Früher war vielleicht manches besser, aber vieles eben auch nicht.

Spendenstand

Seit dem 4. Januar 2011 haben insgesamt 88 Spender 5.064,00 EUR für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: www.eak-cducsu.de

Was aber hält unsere Gesellschaft im Innersten zusammen?

Viele Menschen in unserem Land sind bereit, Verantwortung nicht nur für sich, sondern auch für andere zu übernehmen. Für das persönliche und tatkräftige Engagement bedarf es direkter Ansprache und der Identifikation mit einem gemeinsamen Anliegen. Doch wenn – wie so oft – bloß von „der Gesellschaft“ die Rede ist, fühlt sich niemand wirklich direkt angesprochen. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit in einer Gemeinschaft mit gemeinsamen Wertvorstellungen schafft den notwendigen Raum für die Identifikation mit einem gemeinsamen Ziel. Eine solche Gemeinschaft finden immer noch Millionen Deutsche in ihrer kirchlichen Gemeinde, mehr als irgendwo sonst. Ob dort oder andernorts in Vereinen, Bürgerinitiativen, Parteien und Hilfswerken: Am Ende sind wir immer auf Menschen angewiesen, die zeigen, dass es einen Unterschied macht, ob man sich einbringt oder nicht, ob man Verantwortung übernimmt oder gleichgültig bleibt. Wir brauchen Vorbilder, die das Leben, was wir gemeinsam als Werte anerkennen und hochhalten. Vorbilder schaffen Motivation. Das gilt auch und gerade dann, wenn es darum geht, sich für eine gute Sache einzusetzen, einen Dienst oder ein Ehrenamt in unserem Gemeinwesen zu übernehmen.

Ich bin fest davon überzeugt: Es gibt viele solcher Vorbilder und sie prägen unsere Gesellschaft stärker als viele denken. Mancher „Staatsdiener“ etwa erfüllt seine Aufgabe deshalb mit vollem Einsatz, weil er es auch als Ehre empfindet, seinem

Land dienen zu können. Ehre und Dienst – für manche sind solche Worte Relikte einer veralteten, starren und pathetisch aufgeladenen Werteordnung. Sie bedürfen natürlich der Erläuterung: Ehre begründet sich auf Werten, deren Verteidigung von allen oder zumindest von den meisten als erstrebenswert angesehen wird. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens über solche Wertvorstellungen. Kann unsere Gesellschaft ganz ohne Solidarität, Verantwortung, Treue auskommen? Was verliert unser Gemeinwesen, wenn wir Konzepte wie das der „Ehrenhaftigkeit“ bei der Definition eines gemeinsamen Wertekanons aufgeben? Ehre kann man sich weder kaufen noch nehmen, sie wird einem zuerkannt. Alle Bürger, vor allem diejenigen in politischen Ämtern und Mandaten, tragen große Verantwortung dafür, dass die dafür notwendige Kultur der Anerkennung entwickelt und gepflegt wird.

Das Ehrenamt in der modernen Bürgergesellschaft

Unsere Bürgergesellschaft hat ihr Fundament in der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, selbstständig Verantwortung zu übernehmen. Maßgebliche Institutionen unserer politischen Ordnung sind ohne das ehrenamtliche Engagement von Bürgern nicht zu denken: Seien es die Parteien, die Vereine, die Kirchen oder auch große Teile des Wohlfahrtswesens. Sie alle verleihen unserer Gesellschaft Stabilität und Ordnung, sie festigen das Band des inneren Zusammenhalts. Nicht ohne Grund hielt der erste Bundespräsident **Theodor Heuss** schon früh nach der Gründung der Bundesrepublik kurz und prägnant fest: „Die Demokratie lebt vom Ehrenamt.“ Wir alle haben daher ein Interesse daran, das Ehrenamt hochzuhalten, es zu würdigen und zu stärken. Auch im Wort Ehrenamt steckt das Wort Ehre, sowohl als das Gegenteil von Bezahlung, aber auch als Ausdruck innerer Haltung.

Unsere Gesellschaft lebt vom freiwilligen Dienst vieler Bürger

Unsere Gesellschaft baut in vielen Bereichen auf das freiwillige Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Rund 600.000 Freiwillige sind alleine bei den großen Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser Hilfsdienst tätig. Es gibt über eine Million freiwillige

Feuerwehrleute und rund 80.000 Frauen und Männer leisten einen ehrenamtlichen Dienst beim Technischen Hilfswerk (THW). Viele dieser Organisationen können auf eine über 100-jährige Tradition zurückschauen. Es gibt viele Idealisten in unserem Land. Sie sagen: Die Gesellschaft – das sind wir! Auf diese Menschen setzen wir im Notfall, und wir können auf sie zählen. Sie tragen maßgeblich zum positiven Deutschland-Bild in der ganzen Welt bei. Die über 40.000 jungen Menschen, die derzeit ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolvieren, haben daran ebenso ihren Anteil.

Es ist klug und notwendig, auf das Ehrenamt und seine Stärke zu setzen. Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement nimmt entgegen manch düsterer Prognose nicht ab, sondern, nach den Angaben des Dritten Deutschen Freiwilligen Survey vom November 2010, zu: Knapp 36 % aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger engagieren sich demnach freiwillig und unentgeltlich in Sportvereinen, sozialen und kirchlichen Einrichtungen, Umweltschutzgruppen und anderen Organisationen der Gesellschaft. Besonders auch ältere Menschen sind in den vergangenen Jahren ehrenamtlich immer aktiver geworden. Sie übernehmen zunehmend wichtige Aufgaben in den Bereichen Soziales, Pflege und Betreuung. Auch bei den jungen Menschen ist die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement ungebrochen groß. Die jungen Menschen im Alter zwischen 14 und 30 Jahren sind sogar die Gruppe, die sich am stärksten freiwillig engagiert. Die Bereitschaft junger Menschen gründet den Studienergebnissen zufolge vor allem in der Motivation, anderen Menschen zu helfen, die Gesellschaft mitzugestalten und – wie es in den Antworten ausdrücklich heißt – dem Gemeinwohl zu „dienen“. Und das macht den meisten auch noch Spaß und Freude. Sonst würden sie es nicht tun.

Der freiwillige Dienst in der Bundeswehr

Wer Vorbilder für den Dienst an der Gesellschaft sucht, der wird auch bei unseren Streitkräften fündig. Die Bundeswehr ist Organisation und Gemeinschaft zugleich. Sie versteht sich als Instrument der Bundesregierung, zum Wohle unseres Landes und im Dienste unserer Bürger. Soldat zu sein ist kein Beruf wie jeder andere. Wer mit Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr spricht, merkt schnell, dass die Höhe des Wehrsolds für die Berufswahl zwar nicht unwichtig, aber in der Regel auch nicht entscheidend war. Die Soldatinnen und Soldaten der

Bundeswehr sind nicht nur Staatsbürger in Uniform. Sie sind auch Staatsdiener.

Die Entscheidung, zu unseren Streitkräften zu gehen, ist dabei mehr als bloß ein Engagement. Es ist ein Dienst, der Anerkennung verdient und auch für Politik und Gesellschaft eine Verpflichtung in sich birgt. Wenn junge Soldaten geloben oder schwören, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen, müssen sie sich darauf verlassen können, dass ihre Selbstverpflichtung als ehrenvoller Dienst anerkannt wird. Wer heute Soldat wird, weiß, dass die damit auch verbundene Verpflichtung zur Tapferkeit entscheidend sein kann – für das eigene Leben und für das Leben der Kameraden. In den Auslandseinsätzen werden unseren Soldatinnen und Soldaten Mut, Tapferkeit und ethische Bindung auf eine Art und Weise abverlangt, die für uns hier in Deutschland oft nur schwer zu fassen ist. Gerade im gefährvollen Einsatz fern der Heimat bedürfen unsere Soldatinnen und Soldaten, aber auch ihre Angehörigen, in besonderer Weise des Rückhalts und der Unterstützung der Gesellschaft. Das stärkt auch das Band zwischen Bundeswehr und Gesellschaft.

Über viele Jahrzehnte hinweg wurde dieses Band nicht zuletzt auch durch die Wehrpflicht geknüpft. Die allgemeine Wehrpflicht hat sich in mehrfacher Hinsicht als die richtige Wehrform zur richtigen Zeit bewährt. Mit Bedacht hat man die Gründung der Bundeswehr am 12. November 1955 auf den Tag genau am 200. Geburtstag des preußischen Generals **Gerhard Johann David von Scharnhorst** vollzogen. Mit dieser bewussten und unübersehbaren Anknüpfung an die Tradition der preußischen Heeresreformer um Gneisenau und Scharnhorst war und ist bis heute die Aussage verbunden: Unsere Bundeswehr soll Teil einer Gesellschaft freier Bürger sein. Der ideelle Kern der damals eingeführten allgemeinen Wehrpflicht ist zeitlos: Ein Staat, der politische und gesellschaftliche Freiheit gewährt und schützt, schafft die Voraussetzung dafür und setzt darauf, dass junge Menschen bereit sind, für seine äußere Sicherheit einzustehen und sich einzusetzen. Auf diese Bereitschaft setzen wir auch in Zukunft. Und wir wollen sie stärken: Mit dem neuen freiwilligen Wehrdienst macht die Bundeswehr ein attraktives Angebot an junge Frauen und Männer, die offen und bereit sind, einen freiwilligen Beitrag zur Sicherheit der Menschen in unserem Land zu leisten. Wer sich für den freiwilligen Wehrdienst entscheidet, der wird Teil einer großen Gemeinschaft, die sich den

Werten unserer Gesellschaft verschrieben hat. Es ist ein ehrenvoller Dienst für unser Land, auf den der Soldat zu Recht stolz sein kann und auf den wir als Gesellschaft stolz sein sollten. Natürlich haben wir daher den Anspruch, für diesen Dienst die Besten und Fähigsten zu gewinnen.

Für den demokratischen Staat ist es wesentlich, dass er durch Gesetze und Selbstverpflichtung getragen und seine Macht begrenzt wird. Man kann – in Anlehnung an das bekannte Diktum des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Wolfgang Böckenförde – festhalten: Der demokratische Staat setzt auf Werte, die er selbst nicht stiften kann. Der freiwillige Dienst und das Ehrenamt bringen das in oft beeindruckender Deutlichkeit zum Ausdruck.

Der christliche Glaube, die christliche Kultur und die christlichen Kirchen haben maßgeblich zu diesem gesamtgesellschaftlichen Konsens beigetragen, dessen Anerkennung wir heute – unabhängig vom individuellen religiösen Bekenntnis – einfordern. Längst ist der alte Streit, ob ein Christ Soldat sein kann, positiv entschieden. Die Überwindung des Kalten Krieges und der von den Vereinten Nationen getragene Multilateralismus hat die alten Gräben zugeschüttet. Mit den eigenen Ansprüchen Maß zu halten, anderen

gegenüber Gerechtigkeit walten zu lassen, im Privaten wie im Öffentlichen ehrlich zu sein und sich für Schwächere einzusetzen: Die christliche Botschaft formuliert aus solchen Wertvorstellungen den konkreten Anspruch an jeden Einzelnen. Der Aufruf zum Dienst aus Liebe, wie er der gesamten christlichen Verkündigung zu Grunde liegt, begründet die innere Haltung für die tätige Nächstenliebe. Und die nimmt auch im freiwilligen Dienen konkrete Gestalt an. Die Stiftung dieser Wertvorstellungen, auf deren Achtung wir als moderne Bürgergesellschaft angewiesen sind, stellt einen bleibenden Verdienst der christlichen Kirchen dar.

Aus Wertvorstellungen, aus der inneren Haltung den Anspruch an sich selbst zu formulieren und vor allem die Idee in die Tat umzusetzen – das bleibt die andauernde Verantwortung für jeden Christen, für jeden Bürger, für jeden Einzelnen von uns. Beginnen wir also mit der Veränderung bei uns selbst.



Dr. Thomas de Maizière MdB
ist Bundesminister
der Verteidigung

Pressemitteilung vom 18.3.2011

EAK unterstützt Spendenaktion für traumatisierte Kinder im Irak

Anlässlich des diesjährigen „Tages der bedrängten und verfolgten Christen“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am kommenden Sonntag („Reminiscere“), erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel MdB:

„Nach wie vor ist die Verfolgung und Unterdrückung von Christen in aller Welt ein zentrales Menschenrechtsproblem. Auch unsere Glaubensgeschwister im Irak sind fortwährend dieser ernststen Bedrohungslage ausgesetzt. Der EAK setzt sich seit langem für diese Menschen ein. Die Dringlichkeit unseres kontinuierlichen Einsatzes wird anhand der andauernden Übergriffe sowie des Rückgangs der christlichen Bevölkerung im Irak immer wieder deutlich.“

Im Rahmen der diesjährigen Fürbitte der EKD für bedrängte und verfolgte Christen ruft der Evangelische Arbeitskreis zur Unterstützung des **Projekts „Trauma-Arbeit Irak“** (organisiert von Open Doors) auf.

Der EAK-Bundesvorstand wirbt in den kommenden Wochen gemeinsam mit den EAK-Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden für diese besondere Spendenaktion des christlichen Hilfswerks, um traumatisierten Kindern christlicher Gemeinden im Irak die notwendige Hilfe zukommen zu lassen.“



Islam – Ein Teil Deutschlands?

Zur Kritik einer westlichen Illusion

| Dr. Gottfried Mehnert

Ist es reale Möglichkeit, oder ist es nur westliches Wunschdenken, wenn Politiker, Journalisten, Publizisten, Kirchenvertreter und Hobby-Orientalisten fordern oder erwarten, dass sich der Islam in seinen vielfältigen Ausprägungen zu einer religiösen Lebens- und Verhaltensform entwickelt, die mit der westlichen, europäisch-amerikanischen, politischen, rechtlichen und sozialen Kultur verträglich ist? Die Erfahrung mit dem real existierenden Islam, sowohl in den sich selbst als islamisch definierenden Staaten als auch in den Gebieten, in denen er in der Diaspora existiert, ruft immer wieder die These hervor, der Islam müsse eine „Aufklärung“ erfahren, wie sie das Europa des 18. Jahrhunderts durchlaufen hat, mit der Folge einer säkularisierten Kultur und Gesellschaft. Nur so sei der Konflikt mit der westlichen Zivilisation schließlich vermeidbar und nur so seien Moslems wirklich in Europa integrierbar.

Das Denkschema, das hinter dieser Vorstellung steht, orientiert sich an europäischen Rechts- und Verfassungsvorstellungen, an den europäischen Rechtsvorstellungen über das Verhältnis von Staat und Kirche, von Politik und Religion, an den Prinzipien der Demokratie und an der Idee der Menschenrechte im Sinne der unveräußerlichen Rechte jedes einzelnen Menschen. In dieser Perspektive wird auf den real existierenden Islam die Wunschvorstellung eines „liberalen“ Islam übertragen, der im Verhältnis zum „orthodoxen“ traditionalistischen Islam veränderungsfähig, weil veränderungswillig sein soll.

Das Problem war solange für Europa und speziell für Deutschland unbedeutend, als es keine zahlenmäßig bedeutende islamische Bevölkerung gab, was heute nicht mehr der Fall ist. Es gibt in Europa heute große muslimische

Populationen, die ihre kulturelle und/oder religiöse Identität zu wahren und zu behaupten suchen. Ist es realistisch zu erwarten oder gar ihnen zuzumuten, dass diese Moslems sich zu einem Islam entwickeln, der mit den Wertvorstellungen der europäischen, westlichen Zivilisation wie Demokratie, Menschenrechte, Trennung von Religion und Staat, Gleichberechtigung von Frauen und Männern vereinbar ist?

Das Problem ist für westliches Denken – abgesehen von wenigen Fachkennern – neu, es ist aber nicht neu für den Islam, in dem es schon im 19. Jahrhundert Reformbestrebungen gegeben hat. Die Frage nach einer Erneuerung des Islam ist nicht erst in den letzten Jahren aufgebrochen. Bereits in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie von Religionswissenschaft und Theologie sowohl aus christlicher wie islamischer Sicht

behandelt. So auch von der Islamwissenschaftlerin **Annemarie Schimmel**. Sie, die für ihre Sympathie für einen mystisch-toleranten Islam bekannt ist, hat jedoch auch auf die grundlegenden Wesensunterschiede von Christentum und Islam aufmerksam gemacht, die man sich bei der Frage

nach einer Erneuerung des Islam immer vor Augen halten müsse. Im Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim schrieb sie in einem Beitrag „Islam und Katholizismus“¹ bereits 1961, der Wunsch, einen „nur auf den Koran und allenfalls noch der dem Propheten Muhammad zugeschriebenen Überlieferungen basierenden, den Ansprüchen der Neuzeit gewachsenen Islam zu schaffen, hat seit Jahrzehnten die islamische Theologie beseelt“. Annemarie Schimmel sah darin eine Entsprechung zur protestantischen Reformation, sie fährt dann aber fort:

„Freilich wäre es verkehrt, eine Parallele zwischen der im Christentum einst möglichen Reformation und der für den Islam erwünschten und erstrebten Erneuerung zu ziehen, da ja der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern gleichzeitig das politische Element in sich trägt: Der Staatsführer ist gleichzeitig der Imam, d.h. der Leiter des Gebetes, und es gibt grundsätzlich keine Scheidung zwischen geistlichen und weltlichen Angelegenheiten; was immer getan wird, wird getan zur Ehre und im Gehorsam Gottes; die unter den Glaubenspflichten aufgezählte Armenspende darf, um nur ein Beispiel zu nennen, nicht einer privaten oder auch staatlich geregelten Wohltätigkeit gleichgesetzt werden, sondern ist eine direkte Besteuerung für die Zwecke der in der islamischen Gemeinde verwirklichten Theokratie. Dem Muslim ist die Trennung staatlicher und kirchlicher Instanz unverständlich. Von einer rein „kirchlichen“ Reformation innerhalb des Islams kann daher nicht gesprochen werden, und diese Schwierigkeit muß man sich bei der Frage nach einer Erneuerung des Islam immer vor Augen halten.“

Annemarie Schimmel hat mit dieser Beobachtung vor allem die innerislamische Problematik im Blick, die sich wesentlich unterscheidet von der Befindlichkeit islamischer Bevölkerungen in nichtislamischen, anders religiösen, multireligiösen Staaten und Gesellschaften. Ihr ist es jedoch auch zu verdanken, ein Beispiel für diese zweite Situation zugänglich gemacht zu haben, nämlich die Situation der Muslime auf dem indischen Subkontinent, der

einstigen britischen Kronkolonie Indien. Dort gab es neben dem überwiegenden hinduistischen Bevölkerungsteil eine beträchtliche Anzahl muslimischer Bevölkerung, vor allem im

Nordwesten, der 1947 zur Islamischen Republik Pakistan gewordenen Region. Die Begründung dafür war, um es kurz zu formulieren, dass die Initiatoren dieser Staatenbildung der Überzeugung waren, dass Moslems nur in einem eigenen islamischen Staat ihre Religion richtig leben können.

Dies ist ausführlich nachzulesen in der berühmten „Pakistanrede“, die der Dichter, Philosoph und Politiker **Muhammad Iqbal** (1873–1938), der geistige Vater der Islamischen Republik Pakistan, Ende 1930 vor der *All India Muslim League*² gehalten hat. Darin hat er die Frage gestellt:

„Ist es möglich, den Islam als ethisches Ideal beizubehalten und ihn als Regierungsform zugunsten nationaler Herrschaftsformen, in denen die religiöse Haltung keinerlei Rolle spielen darf, aufzugeben?“

In heutiger Begrifflichkeit ausgedrückt: Ist es möglich, islamische Identität in einem überwiegend andersreligiösen, säkularisierten, religiös neutralen, laizistischen Staat zu leben?

Die Antwort, die Iqbal darauf gegeben hat, war ein eindeutiges „Nein“. Er sieht den Islam „als ein ethisches Ideal plus einer gewissen Art von Regierungsform“, womit er „eine soziale Struktur“ meint, „die von einem Rechtssystem reguliert und von einem bestimmten ethischen Ideal beseelt wird“³. Im Unterschied zum Christentum, das, wie Iqbal völlig zutreffend feststellt⁴, keine mit ihm unmittelbar verbundene Herrschaftsform kennt, kennt der Islam im Prinzip keine Trennung von Religion und Staat, sondern beide sind im Islam „organisch miteinander verbunden“⁵: „Das religiöse Ideal des Islam ist ... organisch mit der sozialen Ordnung verbunden, die er geschaffen hat. Die Ablehnung des einen muß am Ende auch zur Ablehnung des anderen führen. Deshalb ist die Herrschaftsform auf nationaler Ebene – falls sie eine Abschaffung des islamischen Prinzips der Solidarität bedeutet – für den Muslim einfach undenkbar.“⁶

Die Konsequenz dieses Prinzips läuft darauf hinaus, dass die Existenz

islamischen Lebens letztlich nur in einem islamischen Gemeinwesen Bestand haben kann. Für Muhammad Iqbal bedeutete dies die Schaffung eines eigenen autonomen Staates für die Muslime Indiens, der 17 Jahre nach der „Pakistanrede“ als islamischer Staat Pakistan entstand. Es ist deshalb völlig verfehlt, den Islam in Analogie zu den christlichen Kirchen zu sehen. Nichts beweist dies treffender als die folgende Passage aus Iqbals „Pakistanrede“:

„Die Wahrheit ist, dass Islam keine Kirche ist. Er ist ein Staat, als kontraktueller Organismus begriffen, lange bevor Rousseau überhaupt so etwas denken konnte, und von einem ethischen Ideal belebt, das den Menschen nicht als ein erdverwurzeltes Geschöpf betrachtet, das durch diesen oder jenen Teil Erde definiert ist, sondern als geistiges Wesen, das innerhalb eines sozialen Mechanismus zu verstehen ist und das Rechte und Pflichten in diesem Mechanismus besitzt ...“

Muhammad Iqbal, der als Rechtsanwalt, Dichter und Philosoph im indischen Lahore gelebt hat, war kein „Islamist“ nach heutigem Verständnis, er repräsentierte die islamische Renaissance des 19./20. Jahrhunderts wie seine älteren arabischen Zeitgenossen **Jamal al-Din al-Afghani** (1839–1897) und **Muhammad-Abduh** (1849–1905)⁸. Er war westlich gebildet, hatte in den Jahren 1905–1908 Philosophie und Jura in Cambridge, München und Heidelberg studiert und strebte nach einer Verbindung der islamischen Tradition mit dem modernen europäischen Denken, jedoch mit dem Willen zur Selbstbehauptung und Erneuerung des Islam unter den modernen Bedingungen. Dafür aber war ihm Europa, so wie er es in seiner Geschichte und seinem Erscheinungsbild wahrnahm, keineswegs ein Vorbild, sondern vielmehr ein abschreckendes Beispiel.

Das Europabild Iqbals ist geprägt von dem Erscheinungsbild Europas vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis 1938. Dieses Europabild ist zudem bestimmt durch Iqbals Auffassung vom Christentum und seiner Geschichte. Ausgesprochen kritisch beurteilt er, dass sich junge Leute in islamischen Ländern von den Idealen des europäischen politischen Denkens inspirieren ließen, „ohne aber die Fakten

kritisch zu begreifen, welche ihre Entwicklung in Europa bestimmt haben“⁹. In der Perspektive Iqbals ist das Erscheinungsbild Europas geprägt von national staatlicher Pluralität und Rivalität, von „Herrschaftssystemen, die auf nationaler Linie

entwickelt sind, d.h. auf Grundlinien, die das Territorium als das einzige Prinzip politischer Solidarität anerkennen“. Dem Christentum misst Iqbal dabei keine Bedeutung zu, weil es „keine mit dem Christentum unmittelbar verbundene Herrschaftsform“ gibt, da dieses völlig auf das Jenseits ausgerichtet sei. So schlussfolgert Iqbal:

„Wenn man mit dem Konzept von Religion als völliger Jenseitigkeit beginnt, dann ist das, was dem Christentum in Europa passierte, völlig natürlich: die universelle Ethik Jesu ist durch nationale ethische und politische Systeme ersetzt. Der Schluß, zu dem Europa infolgedessen getrieben wird, ist, daß Religion eine Privatangelegenheit ist und nichts mit dem zu tun hat, was man das zeitliche Leben des Menschen nennt.“¹⁰

Dieses Urteil über Europa und das Christentum, das dem Selbstverständnis des Christentums im Grunde nicht gerecht wird, ist bedingt durch die Sicht eines Moslems, für den Islam eine universelle Einheit von Religion und Herrschaftsform bedeutet:

„Der Islam spaltet nicht die Einheit des Menschen in eine unversöhnliche Zweiheit von Geist und Materie. Im Islam sind Gott und das Universum, Geist und Materie, Kirche und Staat organisch miteinander verbunden. Der Mensch ist nicht Bürger einer profanen Welt, die man im Interesse einer irgendwo anders gelegenen Welt des Geistes aufgeben müsste.“

Wenn Iqbal meinte, dass die „besten Denker“ in Europa diesen Dualismus für einen Fehler hielten, während die „Staatsmänner“ an diesem „Dogma“ festhielten, muss man wissen, um welche Denker es sich handelt. Es dürfte höchst aufschlussreich sein, dass Iqbal schon 1917 in Friedrich Nietzsche eine Geistesverwandtschaft zu islamischen Denkern wie Dschelaledin Rumi sah. Ihm schienen „diese beiden großen Dichter-Philosophen in völliger Übereinstimmung zu sein“. „Nietzsche sah die Dekadenz des Menschentyps rings um ihn, enthüllte die feinen Kräfte, die dahingewirkt hatten und versuchte schließlich den Lebensstyp zu skizzieren, welcher der Aufgabe auf unserem Planeten angemessen ist.“ Bei Rumi könne man sehen, „mit welcher unbeirrbareren Einsicht er die fressende Krankheit seiner Gesellschaft beschrieb und den idealen Typ der muslimischen Mannheit suggerierte!“¹¹

In der „Pakistanrede“ vom 29. Dezember 1930 charakterisierte er Europa als „eine Anzahl von Staaten, die schlecht miteinander auskommen und von nicht menschlichen, sondern nationalen Interessen beherrscht sind“, die nun allerdings „die Notwendigkeit zu einem geeinten Europa“ fühlten, und er fügt erklärend hinzu: „d.h. die Notwendigkeit zu einer Einheit, welche die christliche Kirchenorganisation ihnen ursprünglich gegeben hatte, welche sie jedoch, statt sie im Lichte von Christi Botschaft von der menschlichen Brüderschaft wiederaufzubauen, unter der

Inspiration Luthers zu zerstören für richtiger gehalten haben. Ein Luther in der Welt des Islam aber ist ein unmögliches Phänomen; denn hier gibt es keine dem mittelalterlichen Christentum ähnliche Kirchenorganisation, die nach einem Zerstörer ruft. In der Welt des Islam haben wir eine universelle Herrschaftsform, deren Grundlagen, wie wir glauben, offenbart sind ...“¹²

Es ist unverkennbar, dass das Geschichtsdenkmal Iqbals zwar erscheinungsbildlich gesehen manche zutreffende Zustandsbeschreibung enthält, ebenso unverkennbar aber ist es, dass deren Interpretation und Deutung dem Selbstverständnis europäischen Denkens und Bewusstseins nicht entspricht. Eine offene demokratische Gesellschaft ist in der Sicht Iqbals für den Islam nicht akzeptabel. In der „Pakistanrede“ betonte er, dass für die Lösung des Problems der Koexistenz von Islam und Hinduismus in Indien

„das Prinzip europäischer Demokratie“ nicht angewandt werden könnte, da für die Muslime nur ein eigener muslimischer Staat in Betracht käme: „Die muslimische Forderung nach der Schaffung eines muslimischen Indiens innerhalb Indiens ist daher völlig gerechtfertigt“.¹³ Die innere Logik dieser Überzeugung liegt auf der Hand. Es ist eine nicht beantwortete Frage, ob für den Islam überhaupt die westlich-liberale Demokratie als politische Organisationsform annehmbar ist. Zur Beantwortung dieser Frage sollte das Gedicht Iqbals mit dem Titel „Rat Satans an seinen politischen Nachwuchs“ bedacht werden, in dem es heißt¹⁴:

„(...) Den Arabern gib westliche Ideen, Treib den Islam aus von Arabiens Strand; Noch sind Afghanen äußerst glaubensfrüh – Treib dort die Mollas fort aus Berg und Sand! Raub den Mekkanern ihre

Traditionen, Treib fort das Moschusreh aus Samarkand! (...)“

Traditionen, Treib fort das Moschusreh aus Samarkand! (...)“

Was hier in poetischer Sprache zum Ausdruck kommt, ist eine Mentalität, die sich bis in die Gegenwart in harter politischer Realität manifestiert. Die entschiedene Abweisung „westlicher Ideen“ ist nicht nur Iqbals Position gewesen, sie dürfte auch gegenwärtig bei maßgeblichen Repräsentanten islamischen Denkens vorherrschen, wenn man einmal absieht von denjenigen einzelnen „islamischen“ Gelehrten, die aus freien Stücken oder gezwungen in nichtislamischen westlichen, liberalen und demokratischen Gesellschaften leben und an westlichen Hochschulen lehren.

Für Muhammad Iqbal war Demokratie als „westliche Idee“ eine für Moslems nicht akzeptable Staatsform. Sie war, wie Iqbal 1938 sagte, eine Maske, mit der die Tyrannei des Imperialismus ihr Gesicht bedeckt¹⁵. Schon 1909 hat Iqbal in einem Aufsatz „Der Islam als moralisches und politisches Ideal“,¹⁶ gesagt, dass fundamentale Voraussetzungen für muslimische Institutionen seien: erstens „Der absolute Herrschaftsanspruch des göttlichen Gesetzes“ und zweitens „Die absolute Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft“¹⁷. Für Iqbal ist Islam eine nicht in sich differenzierbare Einheit, und er verdammt „diese verfluchte religiöse und soziale Sektiererei“ ausdrücklich „im Namen dessen, der den Menschen die endgültige Botschaft von Freiheit und Gleichheit gebracht hat“¹⁸. Die bekannte Differenzierung nach Schulen und Richtungen im Islam war für Iqbal eine Art Sektierertum. Wörtlich heißt es bei ihm:

„Der Islam ist einer und unteilbar, er birgt keine Unterschiede in sich. Es gibt keine Wahabiten, Schiiten oder Sunniten im Islam. Kämpft nicht für Interpretationen, wenn die Wahrheit in Gefahr ist!“

Die grundlegende Intention des Islam ist nach dem Verständnis Iqbals global definiert, der Islam hat eine Weltmission: „Das Werk, die Menschheit vom Aberglauben zu befreien“. Dabei sollte nicht übersehen werden, wie eng im Islam Glaube und Lebenspraxis, Religion und Politik, Gottesvorstellung und Staat miteinander verbunden sind. Hierin tritt letztlich der tiefste religiöse Unterschied zutage, den Iqbal in die Worte gefasst hat: „Das Christentum beschreibt Gott als Liebe, der Islam als Macht ... Ich finde, dass Gott sich

in der Geschichte mehr als Macht denn als Liebe offenbart“¹⁹.

Muhammad Iqbal war kein Islamist im heute gebräuchlichen Sinn dieses Begriffs, er war ebensowenig ein radikaler Moslem. Er war westlich gebildet und kultiviert, er hegte starke Sympathien für europäische Kultur und war bestens vertraut mit der deutschen und europäischen Philosophie. In Deutschland ist er allerdings fast ganz unbekannt geblieben²⁰. Die Bedeutung dieses Dichter-Philosophen und politischen Publizisten für den Islam im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts und seine Stellung im Kontext der Erneuerungsbestrebungen auf der Basis islamischer, nicht westlicher, Tradition wird deshalb nicht angemessen bewertet und gewürdigt. Sein Denken war äußerst einflussreich für die gegenwärtige islamische Welt. Nimmt man ihn ernst, so bleibt am Ende die unbeantwortete heutige Frage,

ob für eine islamische Population in Deutschland in letzter Konsequenz gilt, was Iqbal in seiner „Pakistanrede“ intendiert hat: dass die Existenz islamischen Lebens letztlich nur in einem islamischen Gemeinwesen Bestand haben kann. Welche Folgerungen wären dann daraus zu ziehen?

- 1 Annemarie Schimmel, *Islam und Katholizismus*, in: *Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts, Bensheim*, 12. Jg. Nr.1, Januar-Februar 1961, S. 4f.
- 2 In: *Muhammad Iqbal, Persischer Psalter. Ausgewählt und übersetzt von Annemarie Schimmel*, Köln 1968, S. 141-154, das folgende Zitat S. 147
- 3 A.a.O. S. 142
- 4 A.a.O. S. 143
- 5 A.a.O. S. 144
- 6 A.a.O. S. 148
- 7 A.a.O. S. 153
- 8 Über beide: *Albert Hourani, Arabic Thought in the Liberal Age 1789-1939*, London, New York, Toronto 1967, S. 103ff bzw. 130ff.
- 9 So in der „Pakistanrede“ a.a.O. S. 143f,

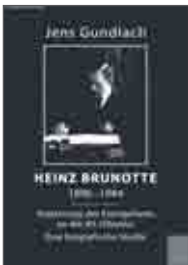
auch zum Folgenden.

- 10 A.a.O. S. 144
- 11 A.a.O. S. 61f. Vgl. auch S. 84f und S. 116
- 12 A.a.O. S. 145
- 13 A.a.O. S. 151
- 14 A.a.O. S. 176f.
- 15 A.a.O. S. 178: *Neujahrsbotschaft 1938 in Radio Lahore*
- 16 A.a.O. S. 57f, aus *Hindustan Review XX*, July-Dec. 1909
- 17 A.a.O. S. 57
- 18 A.a.O. S. 59, dort auch die folgenden Zitate
- 19 A.a.O. S. 35
- 20 Bei Wikipedia finden sich nur dürftige Angaben, die sich offensichtlich mit Klappentexten von Annemarie Schimmels Iqbal-Editionen begnügen.



Pastor Dr. Gottfried Mehnert
ist Theologe und Religionswissenschaftler

Evangelisches Leserforum



Jens Gundlach:
**Heinz Brunotte 1896 – 1984 . Anpassung
des Evangeliums an die NS-Diktatur.
Eine Biografische Studie.**
Lutherisches Verlagshaus, Hannover 2010
ISBN 978-3-785910214
broschiert, 544 Seiten, 39,90 EUR

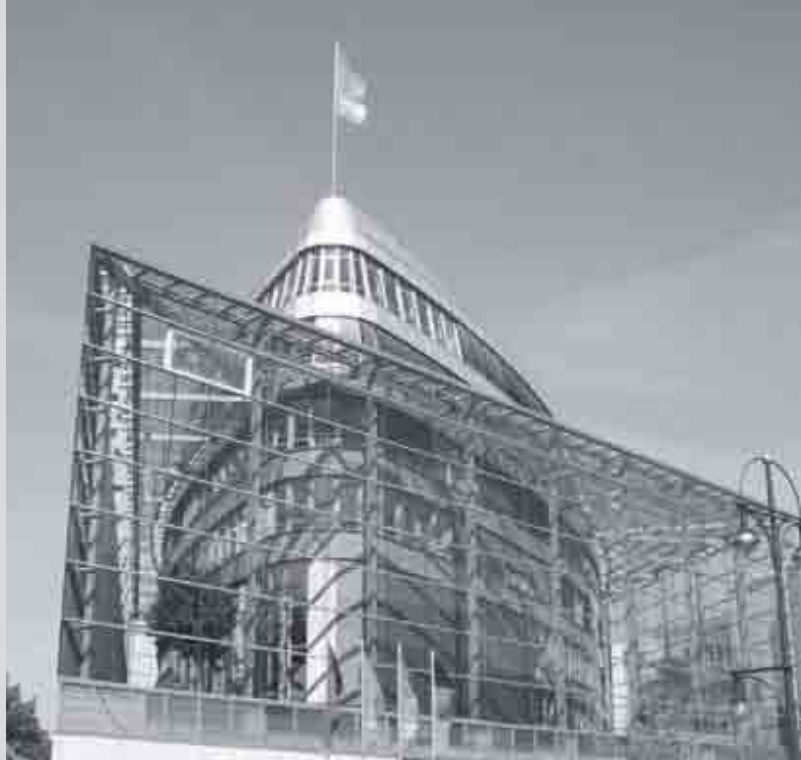
Heinz Brunotte war von 1949 bis 1965 Präsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und gleichzeitig bis 1963 Präsident des Lutherischen Kirchenamtes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD). Den mit der Evangelischen Kirche vertrauten älteren Zeitgenossen ist er sicher noch bekannt, und die beiden Ratsvorsitzenden der EKD in den 16 Jahren seines Wirkens, die Bischöfe Otto Dibelius und Kurt Scharf, haben beide gleichermaßen bekundet, dass Brunotte der eigentliche Leiter der EKD war (wie der Autor des hier vorgestellten Buches am Ende in einer Fußnote vermerkt). Doch davon handelt die „biografische Studie“ von Jens Gundlach in der Hauptsache nicht. Die zunächst als Dissertation über die „Rolle des hannoverschen Theologen Heinz Brunotte als leitenden Beamten der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) in der NS-Zeit“ verfasste „Studie“ rückt hauptsächlich die 10 Jahre von 1936 bis 1945 in den Blick, in denen Brunotte im Leitungsgremium der vom NS-Kirchenminister Kerrl beherrschten „Deutschen Evangelischen Kirche“ (DEK) als Oberkirchenrat tätig war. Der aus liberal-protestantischem Milieu gekommene, im Studium in Marburg von der liberalen Theologie beeinflusste und für die Republik engagierte hannoversche Theologe, der 1933 dem Pfarrernotbund und der Bekennenden

Kirche beigetreten war, hatte sich in der Kanzlei der DEK in dem Bestreben, den Bestand der Kirche zu bewahren, zu sehr mit der NS-Weltanschauung eingelassen und sich ihr angepasst, was der Autor mit einer Fülle von Fakten belegt. Eine Bestätigung dessen bietet übrigens die nicht erwähnte Biografie der späteren Bundestagsabgeordneten und des EAK-Bundesvorstandsmitgliedes Elisabeth Schwarzhaupt, die 1936 als juristische Hilfsarbeiterin in die Kirchenkanzlei kam, wo sie, zuletzt als Oberkonsistorialrätin, auch noch unter Brunottes Nachfolger Hans Asmussen bis 1948 tätig war. Die Last dieser 10 Jahre in Brunottes Biografie lässt Gundlach deutlich werden unter der Fragestellung, wie Brunotte in den Jahren von 1945 bis zu seinem Lebensende 1984 seine eigene Rolle und die der Kirche in der NS-Zeit bewertet hat. Dabei wird auch Brunottes Wirken nach 1945 bei der Entstehung der Grundordnung der EKD zusammen mit Hermann Ehlers und Ernst Wilm und dann als Präsident der Kirchenkanzlei der EKD gewürdigt.

(Dr. Gottfried Mehnert)

Empfehlung ★★★★★

*Einladung zur
48. Bundestagung
des EAK der CDU/CSU
am 13. Mai 2011 in Berlin*



Thema:

„Unsere Schöpfungsverantwortung – Orientierungen für eine nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik“

Freitag, 13. Mai 2011

13.00 Uhr

Eröffnung im Foyer der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Grußworte:



Dr. Markus Dröge,
Landesbischof der Ev. Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische Oberlausitz



Frank Henkel MdB,
Landesvorsitzender und Spitzenkandidat
der CDU Berlin für das Amt
des Regierenden Bürgermeisters



Hans-Georg von der Marwitz MdB,
Ländervorsitzender des EAK Berlin-
Brandenburg

im Anschluss

Rede

Thomas Rachel MdB,
EAK-Bundesvorsitzender und
Parlamentarischer Staatssekretär



Bundesarbeitskreissitzung mit Neuwahlen des EAK-Bundesvorstandes

15.30 Uhr – 16.00 Uhr

Kaffeepause

16.00 Uhr – 17.00 Uhr

Rede

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin und
Parteivorsitzende der
CDU Deutschlands



17.00 Uhr – 18.00 Uhr

Vortrag

Dr. Norbert Röttgen MdB
Bundesminister für
Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



18.00 Uhr – 19.15 Uhr

Abendessen

19.15 Uhr – 21.00 Uhr

Theologisches Abendgespräch:

**„Dass er ihn bebaute und bewahrte (1 Mos 2,15)“ –
unsere christliche Verantwortung in der ökologischen Krise**



Prof. Dr. Jürgen Moltmann,
systematischer Theologe



Tanja Gönner,
Ministerin für Umwelt,
Naturschutz und Verkehr
des Landes Baden-Württemberg



Dr. Rolf Martin Schmitz,
Mitglied im Vorstand
der RWE AG



Pastor Dr. Thomas Schaack,
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der
Umweltbeauftragten der Evangelischen
Kirche in Deutschland (AGU)



Prof. Dr. Jürgen Augustin,
stellv. Institutsleiter für Landschafts-
stoffdynamik am Leibniz-Zentrum
für Agrarlandschaftsforschung



Moderation:
Prof. Dr. habil. Wolfgang Merbach,
Beisitzer im EAK-Bundesvorstand

ab ca. 21.00 Uhr

Abendempfang

(Änderungen vorbehalten)



Anforderung der Anmeldeunter-
lagen auf der nächsten Seite





Antwort

zur Verwendung im Fensterumschlag oder als Faxformular

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefax: 030/220 70-436

**E-Mail: eak@cdu.de
www.eak-cducsu.de**



Bitte senden Sie mir die **Unterlagen für meine Anmeldung** zur 48. Bundestagung des EAK der CDU/CSU am 13. Mai 2011 in Berlin zu.

Name Vorname

Straße Postleitzahl, Ort

Telefon/-fax E-Mail

Anmeldeschluss ist der 2. Mai 2011.

Die Anmeldeunterlagen können Sie auch telefonisch unter 030 22070-432 bei der Bundesgeschäftsstelle anfordern. Diese senden wir Ihnen dann per Post zu.





Die deutsche Islamkonferenz als Wegweiser

| Gabriele Hermani

In der vergangenen Woche kam meine 17-jährige Tochter aus der Schule nach Hause und berichtete aus dem Unterricht zweierlei: zum einen war sie fasziniert von der Aufklärungspädagogik **Johann Bernhard Basedows**, der vor 225 Jahren ein pädagogisches Konzept ersann, das auf Belohnung, Toleranz und Gemeinsamkeiten der drei monotheistischen Weltreligionen angelegt war, zum anderen berichtete sie, sie müsse einen Aufsatz über Muslime in Deutschland schreiben, beklagte aber, dass sie gar keine Muslime kenne – weder gäbe es in ihrer Schule welche, noch in unserem Freundes- und Bekanntenkreis. Die Schule meiner Tochter liegt im Ostteil Berlins. Ein paar ihrer Mitschüler, oder besser deren Eltern, stammen aus Vietnam, aus Russland oder Georgien, aber nicht aus der Türkei, dem Iran oder aus dem Libanon. Nur wenige Kilometer weiter südlich, in Berlin-Mitte gibt es die Hemingway-Oberschule. Mehr als 85 % der Schülerinnen und Schüler dort sind Muslime beziehungsweise haben einen Migrationshintergrund. Der Schulleiter dieser Schule wusste unlängst anlässlich des bundesweiten Vorlesetags zu berichten, dass Jungen und Mädchen aus allen Teilen Berlins an seine Schule kommen, weil sie etwas aus ihrem Leben machen wollen, weil sie Lehrer, Ärztinnen,

Warum sehen viele türkische Väter und Mütter keine Vorbilder mehr für ihre Kinder und enthalten ihnen durch Abschottung Chancen vor?

Sozialarbeiterinnen oder Filmschauspieler werden wollen. Und ihre muslimischen Eltern unterstützen sie darin. Dort, an der Hemingway-Oberschule, möchte ich meiner Tochter raten, kann sie recherchieren, um einen Aufsatz über Muslime in Deutschland zu schreiben – und auf solche Beispiele optimistischer Lebensentwürfe junger Muslime sollten wir auch schauen, wenn wir das Zusammenleben der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit inzwischen mehr als vier Millionen Muslimen in Deutschland diskutieren und unseren Beitrag zu einem guten Gelingen leisten wollen.

„Geht raus, spielt mit den deutschen Kindern, lernt Deutsch“

Denn viele Menschen mit Migrationshintergrund, fühlen sich in unserem Land nicht mehr willkommen, seitdem die mediale Wucht der Sarrazin-Debatte die Gemüter erhitze. Einige profilierte muslimische Autorinnen und Autoren nahmen dies zum Anlass, ein „Manifest der Vielen“ zu veröffentlichen und über ihre muslimische Identität in Deutschland nachzudenken. Besonders beeindruckend darin ist ein Essay von **Hatice**

Unter der rot-grünen Koalition fehlte der politische Wille, sich mit den religiösen Bedürfnissen einer großen Zuwanderungsgruppe auseinander zu setzen.

Akyün. „Was ist Heimat?“, fragt darin die Journalistin und Autorin, die bislang durch humorige Bücher aufgefallen war und 2009 den Toleranz- und Zivilcouragepreis ihrer Heimatstadt Duisburg erhielt. Sie beschreibt, dass sie mit Duisburg ihre Kindheit, ihre Jugend und auch die Zeit verbindet, in der sie noch keinen so genannten Migrationshintergrund hatte, sondern einfach Hatice, der Mensch war. Sie beschreibt auch, dass es ihr durchaus bewusst war, dass ihre Familie anders war, dass sie dies aber – vor allem später – als einen Reichtum betrachtete – den Reichtum, mit zwei Sprachen und Kulturen aufzuwachsen und zwei Lebenswelten als doppelte Chance zu begreifen. Doch in den vergangenen Monaten, schreibt Hatice Akyün, fühle sie sich ausgegrenzt und angefeindet. Am meisten beängstige sie nicht Rassismus, sondern das Schweigen der Masse. Sie habe zum ersten Mal in ihrem Leben den unbestimmten Gedanken, dass sie nicht hier bleiben könne – hier in Deutschland, das sie als ihre Heimat empfindet. „Dies ist meine Sprache, mein Land“, schreibt sie. Akyün geht mit der deutschen Politik ins Gericht, sie ruft in Erinnerung, dass mehr Türken aus Deutschland aus- als einwandern und das sich türkische Firmen die Finger nach den gut Ausgebildeten aus

Deutschland lecken. Hatice Akyüns Vater hat seine Kinder mit den Worten auf die Straße geschickt: „Geht raus, spielt mit den deutschen Kindern, lernt Deutsch“. Sich zu integrieren, schreibt sie, bedeutet nicht, seine Muttersprache zu vergessen, seine Kultur zu verraten oder seinen Glauben aufzugeben.

Warum sehen viele türkische Mütter in Menschen wie Hatice Akyün keine Vorbilder mehr für ihre Kinder und enthalten ihnen durch Abschottung die Chancen vor, die ihnen diese Gesellschaft bietet?

Deutsche Islamkonferenz: Erstmals ein Dialogformat zwischen Staat und Muslimen

Schaut man sich die Entwicklung der vergangenen Dekade seit dem 11. September 2001 an, so schlug sich die sicherlich unbestreitbare Zeit der politischen Indifferenz und Generalisierung von Verdächtigungen gegenüber Muslimen in Deutschland in den Jahren bis 2006 auf die Einstellung der deutschen Mehrheitsgesellschaft nieder. Nach einer Untersuchung des Allensbacher Instituts für Demoskopie im Jahre 2006 befürchteten damals 49% der Befragten, dass es in Deutschland zu Spannungen mit der muslimischen Bevölkerung kommen werde. Ein Prozess der Entfremdung zwischen deutscher Bevölkerung und den hier lebenden Muslimen finde statt, so die Interpretation, ein Prozess, der als der Beginn einer Konfliktspirale gedeutet werden könne. Zuvor zeigten im Jahr 2005 vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegebene Studien, dass Migranten muslimischer Herkunft zwar ihrer Religion eine vergleichsweise hohe subjektive Bedeutung beimessen, eine Anfälligkeit für religiös-fundamentalistisches Gedankengut jedoch nicht generell gegeben ist. Vielmehr gab es auch zu dieser Zeit bereits muslimische Stimmen, die für eine stärkere Integration, religiöse Beachtung und Teilhabe eintraten. Der Arzt und Islamwissenschaftler **Neddem Elyas** etwa, der von 1996 bis 2005 Vorsitzender des Zentralrates der Muslime war, lobte in einem Vortrag auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung im September 2005 in Berlin, die die Bedeutung des Familienlebens für die Integration und die soziale Kohärenz zum Thema hatte, den „optimalen gesetzlichen Rahmen für ein multireligiöses Zusammenleben, die die

Verfassungen der europäischen Staaten garantieren“ und forderte, islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache einzuführen und auch den besonderen Stellenwert des Islam bei der Formulierung von Integrationsplänen nicht außer Acht zu lassen. Auf der gleichen Tagung regte die islamische Theologin **Hamideh Mohagheghi** (später Mitglied der zweiten Runde der Deutschen Islamkonferenz in 2010 unter **Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière**) an, eine „gemeinsame Wertedebatte“ zu führen, um „auf dem Boden von Demokratie und Verfassung die Gestaltung der Gesellschaft partnerschaftlich zu bewirken“. Doch unter der damaligen rot-grünen Koalition fehlte der politische Wille, sich mit den religiösen Bedürfnissen einer großen Zuwanderungsgruppe auseinander zu setzen und Schlüsse aus den vorliegenden Zahlen und formulierten Wünschen der Muslime für eine islamfreundlichere Integrationspolitik zu ziehen. Erst der Bundesinnenminister der großen Koalition, **Dr. Wolfgang Schäuble**, eröffnete im Jahr 2006 mit der Deutschen Islamkonferenz ein Dialogformat zwischen Staat und in Verbänden organisieren sowie säkularen Muslimen.

Die Architekten der Islamkonferenz waren sich der Gratwanderung bewusst: Die Mehrheitsgesellschaft nicht verschrecken, überzeugen und den Zugewanderten Wege des Miteinanders und auch Grenzen aufzeigen, so lautete das Credo. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft könne nur dann ausreichend Toleranz für Muslime aufbringen, so die Argumentation Schäubles, wenn gleichzeitig den Muslimen klargemacht wird, dass sie sich nicht hinter dem Grundrecht der Religionsfreiheit verstecken können, sondern, dass die Gesellschaft, von der sie Toleranz und Gleichbehandlung verlangen, eben auch einen Anspruch auf Rücksichtnahme hat.

Doch was bedeutet eigentlich die im Rahmen der ersten Runde der Deutschen Islamkonferenz erreichte Verständigung auf einen Integrationsbegriff, der sich als zweiseitigen Prozess versteht, der zwar Anforderungen an Mehrheitsgesellschaft und Zuwanderer stellt, den Zuwanderern aber ein höheres Maß an Anpassung abverlangt, vor dem Hintergrund einer Datenlage,

wie sie etwa der Volkswirt und Bevölkerungswissenschaftler **Herwig Birg**, Professor Emeritus der Universität Bielefeld, vorlegte? Denn trotz der beträchtlichen Beträge, die Deutschland für Eingliederung und Förderung ausgibt – 2008 wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums 155 Mio. Euro für das Angebot von Integrationskursen aufgewendet, im Jahr 2009 bereits 205 Mio. Euro und im Jahr 2010 insgesamt 248 Mio. Euro – sind die Ergebnisse insbesondere für Migranten türkischer Herkunft noch immer entmutigend: Höchste Schulabbrecherquoten, geringste Abiturientenzahl, ein extrem hoher Anteil ohne Berufsausbildung, die geringste Erwerbstätigenquote, die wenigsten Selbstständigen.¹

Für die Autorin und Islamkritikerin Necla Kelek, die als säkulare Muslimin Teilnehmerin der ersten Runde der Islamkonferenz war, sitzen die Integrationsverhinderer in den konservativen muslimischen Verbänden. Diese und Imame in Moscheen, die kaum deutsch sprächen, reproduzierten „ihr Weltbild, die Kultur der Ehre, patriarchalisches Denken“.² Häufig ventiliert sie ihre Auffassung, nicht die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft handle falsch, sondern die Zugewanderten: „Warum sind es gerade die (türkischen) muslimischen Familien, bei denen die Integration nicht gelingt?“, fragt Kelek und ist überzeugt, dass Integrationshindernisse etwas mit dem Islam zu tun haben. Dass der Islam in seiner heutigen Form, dessen oberstes Gebot der Gehorsam vor Gott ist, ein Teil des Problems ist.³

Die Religionspädagogin und Islamwissenschaftlerin **Lamya Kaddor**, von der der **Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert**, auf seiner Homepage schreibt, sie unterscheide sich „von vielen selbsternannten Islamexperten, durch die Distanzierung sowohl von religiösen Fundamentalisten wie von anderen Eiferern, die anstelle einer differenzierenden Auseinandersetzung den Islam rundum für fundamentalistisch erklären“, verurteilt die „Stereotypen der Islamkritiker“. Die Art und Weise der Kritik zwingt Muslime zu Stellungnahmen und Abwehrreaktionen und lenke von der nötigen Selbstreflexion ab. Die Hauptdefizite, schreibt Kaddor, finden sich nicht in der Kultur oder der Religion. Die wichtigsten Schlüssel, um soziale und kulturelle Spannungen zu

Die **Mehrheitsgesellschaft nicht verschrecken, den Zugewanderten Wege des Miteinanders und auch Grenzen aufzeigen, so lautet das Credo der Islamkonferenz.**

14 Standpunkte

entschärfen seien „Bildung und die Abwesenheit von Fremdenfeindlichkeit“.⁴

Die zweite Runde der Islamkonferenz setzt auf Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Ein Stück mehr Normalität im Umgang mit dem Islam und einen flächendeckenden Religionsunterricht für muslimische Kinder sowie eine institutionelle Möglichkeit, Imame in Deutschland auszubilden, erwarten auch andere Praktiker wie der Religionspädagoge **Bülent Ucar**, der einen Lehrstuhl für Islamische Religionspädagogik in Osnabrück innehat.

Ucar steht für die inhaltliche Ausrichtung der zweiten Runde der Deutschen Islamkonferenz, die – nachdem sie im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Koalition verankert wurde – 2010 unter der Ägide des damaligen Bundesinnenministers Dr. Thomas de Maizière. De Maizière war an einer praktischen Umsetzung der Beschlüsse der ersten Runde, an institutionalisierter Kooperation und

Im Februar 2011 wurden die Universitäten Frankfurt, Gießen sowie Erlangen-Nürnberg Zentren für Islamische Studien.

integrationsbezogener Projektarbeit gelegen. Das Arbeitsprogramm, welches am 17. Mai 2010 vom neu aufgestellten Plenum der zweiten Runde der Deutschen Islamkonferenz verabschiedet wurde, stand deshalb unter dem Motto „Die Deutsche Islamkonferenz in der Gesellschaft verankern“ und setzte auf Integrationsverbesserung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Konkret geht es nun darum, die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichtes zu konkretisieren und die Einrichtung islamisch-theologischer Lehr- und Forschungsan-

gebote an deutschen Hochschulen und zur Aus- und Fortbildung islamischer Religionsbediensteter voranzubringen. Wenige Wochen vor seinem Amtswechsel verdeutlichte de Maizière in einer Rede anlässlich einer Konferenz zum Thema „Islamischer Religionsunterricht“ am 13. Februar 2011 in Nürnberg, dass islamischer Religionsunterricht ein wertvoller Beitrag zur Integration sei. Die Rolle des Staates hob er

wenige Tage später in einem Namensartikel für den Tagesspiegel hervor. Der Staat sei gegenüber der Religion neutral – aber zugleich der Religion zugewandt und offen. Er gewähre, schreibt der damalige Bundesinnenminister, den Religionen freien privaten und öffentlichen Entfaltungsraum. Das unterscheide ihn im Übrigen fundamental von einem distanzierenden laizistischen Staat, der die Zurückdrängung der Religionen aus dem öffentlichen Leben anstrebe.⁵

Dass das deutsche Religionsverfassungsrecht (Staatskirchenrecht) insbesondere im Bereich der Bildung eine Vielzahl von Kooperationen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften im öffentlichen Raum vorsieht, ist Grundlage für die Etablierung einer institutionalisierten Kooperation zwischen Staat, Muslimen und ihren Organisationen in Deutschland. Muslime, so heißt es in einem Arbeitsauftrag aus dem ersten Plenum der zweiten Runde der Islamkonferenz, sollen unterstützt werden, „die diesbezüglichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu erfüllen“. Die Verwirklichung dieses Ziels sei eine Voraussetzung dafür, dass auch Muslime in Deutschland gleichberechtigt die Rechte von Religionsgemeinschaften wahrnehmen können. Dies gilt insbesondere für die Einführung bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichtes. Für die Prüfung, ob eine Organisation die Voraussetzung einer Religionsgemeinschaft i.S.v. Art. 7 Abs. 3 GG erfüllt, sind allerdings die Länder zuständig.⁶

Das Plenum der Deutschen Islamkonferenz tagte am 29. März 2011 nun unter der Leitung des neuen **Bundesinnenministers Dr. Hans-Peter Friedrich**. Auf der Agenda dieser Sitzung stand die Förderung von islamisch-theologischen Angeboten an öffentlichen Hochschulen – eine Aufgabe, die in die Zuständigkeit von **Bundesforschungsministerin Prof. Dr. Annette Schavan** fällt.

Erste Empfehlungen zur Etablierung islamisch-theologischer Lehr- und Forschungsangebote an deutschen Hochschulen wurden bereits vom Plenum im Sommer 2009 verabschiedet und dem Wissenschaftsrat übergeben. Dieser wiederum kam in seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ zu der Auffassung, dass das wissenschaftliche Feld der Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften der wachsenden

Pressemitteilung vom 21.3.2011

Kreuze sind Teil unserer europäischen Identität

Anlässlich des jüngsten Kruzifix-Urteils der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EMGR) erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) Thomas Rachel MdB:

„Nun ist europaweit klar gestellt, dass Kreuze bzw. Kruzifixe in staatlichen Klassenzimmern nicht per se eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellen. Es ist sehr zu begrüßen, dass der EMGR das bedenkliche Urteil seiner Kleinen Kammer vom November 2009 aufgehoben hat.“

Das Gericht hat jetzt in kluger Weise die Ermessens- und Beurteilungsspielräume der einzelnen Staaten im Hinblick auf ihr ureigenstes, kulturelles Werte- und Traditionsverständnis gestärkt. Es hat gleichzeitig eine wichtige Grenze gegenüber unverhältnismäßigen Forderungen Einzelner gezogen, die diesbezüglich aus ideologisch-weltanschaulichen bzw. religiösen Gründen ihre eigenen Religionsfreiheitsrechte verletzt sahen.

Dieses Grundsatzurteil lässt hoffen, dass vergleichbare spektakuläre Klagen gegen die Präsenz von Kreuzen in öffentlichen Schulen nun endlich der Vergangenheit angehören. Es macht auch Hoffnung, dass ein falsches und unausgewogenes Verständnis von Säkularität langsam aber sicher einem erneuerten Bewusstsein von den bleibend gültigen, geistig-kulturellen und christlichen Quellen Europas weichen wird. Kreuze und Kruzifixe sind Teil unserer gemeinsamen europäischen Identität.“

Pluralität religiöser Bekenntnisse in Deutschland und der steigenden Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise zu Fragen der Religion Rechnung tragen sollte. Konkret schlug der Wissenschaftsrat Zentren islamisch-theologischer Forschung vor, die eine geeignete Rolle bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in islamischen Studien spielen und zugleich die Aufgabe übernehmen sollen, islamische Religionslehrer auszubilden und ein wissenschaftlich fundiertes Studium von Religionsgelehrten im staatlichen Hochschulsystem zu etablieren. Den Aufbau dieser Zentren flankiert das Bundesforschungsministerium bereits seit einigen Monaten im Rahmen von Projektförderungen. So wurden im Februar 2011 die Universitäten Frankfurt, Gießen sowie Erlangen-Nürnberg Zentren für Islamische Studien. Im Oktober 2010 waren in einer ersten Förderrunde bereits die Universitäten in Tübingen und Münster/Osnabrück als Standorte für Islamische Studien ausgewählt worden. Die Unterstützung des Bundesforschungsministeriums umfasst die Finanzierung von Forschungsprofessuren, Mitarbeiterstellen und Nachwuchsgruppen. An jedem Standort werden in den kommenden fünf Jahren bis zu vier Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Schavan betonte, mit der Förderung der Zentren das klare Zeichen setzen zu wollen, dass „die Islamische Theologie einen Platz an deutschen Hochschulen hat“.

Die ausgewählten Universitäten mussten umfassende Voraussetzungen erfüllen – etwa ein etabliertes Fächerspektrum oder ein tragfähiges Konzept für die Mitwirkung der islamischen Gemeinschaft an der Ausgestaltung der Studiengänge vorweisen. Die Bundesforschungsministerin sieht mit den Zentren auch die Rolle der Theologie gestärkt. „Theologie“, sagt sie, „klärt, klärt auf, verdeutlicht, ist mit dem Anspruch verbunden, dass Religion nicht nur geglaubt wird. Der Glaube muss vor dem Forum der Vernunft Bestand haben, muss sich in einer Wissensgesellschaft auch als Wissenschaft behaupten. Und damit schützt Theologie vor der Versuchung von Aberglaube, Irrglaube, Fundamentalismus, Instrumentalisierung der Religion.“⁷

Besprochen wurde in dem März-Plenum auch die Rolle der mehr als 2000

islamischen Religionsbediensteten in etwa 2600 islamischen Moscheegemeinden und weiteren Gebetsstätten wie Cem-Häusern. Dass die Fortbildung dieser Vermittler und Multiplikatoren, die häufig nur geringe Kenntnisse der deutschen Sprache und des gesellschaftlichen Umfelds ihrer Gemeindemitglieder haben, für den Fortschritt der Integrationsbemühungen in Deutschland eine erhebliche Bedeutung hat, hatte die Islamkonferenz bereits in ihrer ersten Runde festgestellt. Der Einsatz und die Ausbildung von religiösem Personal fallen zwar unter das verfassungsrechtlich gewährleistete Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften. Die in der Islamkonferenz vertretenen muslimischen Verbände werden sich gleichwohl mit dem staatlichen Wunsch auseinandersetzen müssen, zuverlässige Daten zur Organisation islamischer Gemeinden in Deutschland sowie dort tätiger islamischer Religionsbediensteter vorzulegen.⁸

Mit der Deutschen Islamkonferenz verfügen die politisch Verantwortlichen über ein bewährtes Dialogformat, welches vermitteln, initiieren, Impulse setzen und Visionen entwickeln kann – aufgrund der Kultushoheit der Länder kann es aber nur eher ein beratendes Gremium sein. Gleichwohl ist ein Dialog eben nicht ein Gespräch – oder wie **Karl Kardinal Lehmann** sagt, keine „harmlose Form eines allgemeinen Sichöffnens“ oder „gar eine Spielart unreflektierter Anpassung“ – sondern auf das gemeinsame Finden und Anerkennen von Wahrheit ausgerichtet.⁹

Dass es diese Dialogbereitschaft in vielen Teilen in unserer Gesellschaft gibt, hat auch die Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille an den deutsch-iranischen Schriftsteller **Navid Kermani** gezeigt. Der Preis, der von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit verliehen wird, ging erstmals an einen Muslim. Ausgezeichnet wurde

Kermani für seine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen islamischen Religion sowie für den intensiven Dialog mit Juden und Christen sowie für sein „Werben um ein Verständnis von Integration, bei dem es nicht um Nivellierung, sondern um gegenseitige Akzeptanz“ gehe. Die Auszeichnung Kermanis sei das richtige

Zeichen für eine Erweiterung des christlich-jüdischen Dialogs um den Islam, lobte Bundestagspräsident Norbert Lammert. Der Bundestagspräsident, der die Auszeichnung auch zum Anlass nahm, vor einer „unnötigen Zuspitzung“ in der Debatte um den Islam zu warnen, mahnte zur Vernunft. Der neue Bundesinnenminister sah sich nun ob seiner Aussagen beim Amtsantritt erwartungsgemäß harscher Kritik von Seiten einiger muslimischer Vertreter ausgesetzt. Er habe zu sehr Sicherheitsaspekte in den Vordergrund gestellt und respektiere die Religion der Muslime nicht, so der Vorwurf auch im Plenum. Der Bundesinnenminister hat sich gegen die Vorwürfe verwahrt. Auch aus Berlins Hintergrundkreisen erzählen türkische Korrespondenten, Friedrich sei sehr wohl ein offener und am Dialog interessierter Mann. Denn schließlich habe er bei seiner ersten Aussage über den Islam in Deutschland nicht nur historisch argumentiert, sondern zugleich unterstrichen, dass „Muslime in Deutschland als Bürger selbstverständlich zu diesem Land gehören“.

Die Autorin hat im vergangenen Jahr mit „Die Deutsche Islamkonferenz 2006-2009“ eine Analyse der ersten Runde der Islamkonferenz vorgelegt – mit einem Hauptaugenmerk auf die Rolle Dr. Wolfgang Schäubles im Wechselspiel mit den Medien in diesem Dialogprozess.

1 vgl. auch Birg, Herwig: „Integration und Migration im Spiegel harter Daten“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. April 2009, S. 37

2 vgl. Kelek, Necla in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.06.2010

3 vgl. Kelek, Necla: „Wir müssen den Schleier lüften“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Juni 2009, Z1 Bilder und Zeiten.

4 vgl. Kaddor, Lamy: Manifest der Vielen; Berlin 2011, Blumenbar Verlag

5 (vgl. www.tagesspiegel.de/meinung/quer-zum-zeitgeist/).

6 (vgl. www.deutsche-islam-konferenz.de)

7 (vgl. Neue Züricher Zeitung: Die Läuterung des Glaubens durch die Theologie, 9. Oktober 2010)

8 (vgl. auch www.deutsche-islam-konferenz.de)

9 (vgl. Lehmann, Karl Kardinal: „Was heißt: Dialog der Religionen?“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Juli 2009, S.8.)



Gabriele Hermani

ist Diplompolitologin. Seit April 2010 verantwortet sie die Strategische Kommunikation im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

... da **wird** auch
dein **Herz** sein
Matthäus 6,21

33. Deutscher
Evangelischer Kirchentag
Dresden 1.-5. Juni 2011

kirchentag.de

Einladung

zum Empfang des EAK der CDU/CSU auf dem
33. Deutschen Evangelischen Kirchentag (Dresden, 1.- 5. Juni 2011)

„...da wird auch dein Herz sein“, so lautet das Motto, unter dem sich im Juni in Dresden mehr als 100 000 Menschen aus Deutschland und der ganzen Welt zum 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag treffen werden. Der EAK wird dabei wieder auf dem **Markt der Möglichkeiten** (dem Ausstellerbereich in **Halle 4 West, Stand D21**) vertreten sein.

Außerdem laden wir Sie herzlich zu unserem traditionellen **EAK-Kirchentagsempfang** für Vertreter aus Kirche, Gesellschaft und Politik ein. Dieser wird am **1. Juni 2011 um 20.30 Uhr im Lichthof der ENSO-Hauptniederlassung** (Friedrich-List-Platz 2, 01069 Dresden) stattfinden. Der Einlass beginnt ab 19.15 Uhr und ist nur nach vorheriger schriftlicher Anmeldung möglich.

Wir freuen uns auf einen festlichen Abend mit vielen Begegnungen und Gesprächen, zu dem wir folgende **Großwortredner und Ehrengäste** begrüßen dürfen:



Katrin Göring-Eckardt MdB
Präsidentin des 33. Deutschen
Evangelischen Kirchentages



Präses Nikolaus Schneider
Ratsvorsitzender der Evan-
gelischen Kirche in Deutsch-
land (EKD)



**Dr. Thomas
de Maizière** MdB
Bundesminister
der Verteidigung



Jochen Bohl
Bischof der Evangelisch-
Lutherischen Landeskirche
Sachsen



Stanislaw Tillich MdL
Ministerpräsident des
Freistaates Sachsen

(Änderungen vorbehalten)

Anmelden können Sie sich **schriftlich** unter folgender Kontaktadresse:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU | Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin |
Telefon 030/22070-432 | Telefax 030/22070-436 | E-Mail eak@cdu.de | Internet www.eak-cducsu.de

Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister beim EAK Niedersachsen

Ein Jubiläum konnte der EAK-Niedersachsen feiern: Kürzlich fand zum 30. Mal die traditionelle Hermannsburger EAK-Tagung in der dortigen ev.-luth. Heimvolkshochschule statt.

Prominenter Gast war **Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister**. Er hielt vor den rund 140 Gästen den Jubiläumsvortrag zum Tagungsthema „Leben und Arbeiten in der Welt von Morgen“. Dabei führte McAllister aus, dass für ihn folgende vier „I“ für das zukünftige Leben und Arbeiten grundlegend seien: Innovation, Integration, Infrastruktur und Industrie. Die niedersächsische Landesregierung setze sich für „Innovation“ z.B. in der Bildungs-, Hochschul-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik ein. Integration sei vor allem für die in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund entscheidend. Eine gute Infrastruktur, so McAllister weiter, sei vor allem in den Bereichen Bildung, Verkehr und Energie entscheidend.

Von herausgehobener Bedeutung sei auch, dass Deutschland Industrieland bleibe. Es müsse in Deutschland auch in Zukunft möglich sein, große Infrastrukturprojekte zu realisieren, so McAllister abschließend.

Aus kirchlicher Sicht beleuchtete der **schaumburg-lippische Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke** das Thema. Er betonte, dass Arbeit nicht das ganze Leben, sondern nur ein Teil des Lebens sei. Der Landesbischof führte aus, dass z.B. im Alten Testament Arbeit sehr unter dem Aspekt der Mühe und Last beschrieben werde, die durch das Sonntagsgebot unterbrochen werden müsse. Luther habe dann Arbeit als Beruf aufgefasst, als den Ort, wo Gott den jeweiligen Menschen hingestellt habe. Für das Leben und Arbeiten in der Welt von Morgen sei entscheidend, Wachstum nicht nur ökonomisch zu fassen, sondern auch auf kulturelles, soziales und spirituelles Wachstum zu achten.



Diskutierten über das „Leben und Arbeiten in der Welt von Morgen“: Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (r.) und EAK-Landesvorsitzender Dirk Heuer

Über aktuelle kirchenpolitische Fragen wie z.B. PID, Forschung an embryonalen Stammzellen, (muslimischer) Religionsunterricht, Kirchenstaatsverträge diskutierten im Rahmen eines Podiums **Dr. Maria Flachsbarth MdB**, kirchenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und **Dr. Fritz Riege**, ehemaliger Sprecher der AG „Kirche und SPD“ in Niedersachsen.

EAK beim „Kongress christlicher Führungskräfte“ (KCF) in Nürnberg

Auch in diesem Jahr war der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU wieder auf dem evangelikalen „Kongress christlicher Führungskräfte“ vertreten, der diesmal in Nürnberg stattfand. Im Zentrum des Kongresses stand die Frage nach der Vereinbarkeit von christlichen Werten und wirtschaftlichem Handeln. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und stellvertretende Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), **Dr. Günther Beckstein**, der zugleich Ehrenvorsitzender des EAK der CSU ist,

präsentierte dabei auch sein neues Buch „Die zehn Gebote“, ein überzeugendes Plädoyer für eine evangelische Verantwortsethik in politischer Perspektive.

Beckstein diskutierte mit dem EAK-Bundesgeschäftsführer **Christian Meißner** und weiteren Gästen am Stand des EAK und machte als profilierter Vertreter des Protestantismus deutlich, wie christliche Grundüberzeugungen und politisches Denken im wohlverstandenen Sinne zusammengehören.



Meißner, Beckstein

Projektarbeit des EAK Nordfriesland

Zu Wertevorstellungen von Jugendlichen mit ermunternden Signalen

Ehrlichkeit – Freundschaft – Gerechtigkeit – Treue – Zivilcourage – welchen Stellenwert nehmen diese klassischen Werte heutzutage bei Jugendlichen ein? Dieser interessanten Frage ging die Arbeitsgruppe „Bildung“ innerhalb des nordfriesischen EAK im Rahmen einer Projektarbeit nach und kam dabei zu überraschenden und erfreulichen Ergebnissen.

Nach gründlicher Vorbereitung nahm ein kleines Team aus pensionierten Lehrkräften Kontakt mit der 9. Klasse einer Gemeinschaftsschule auf und traf bei den 22 Jugendlichen mit ihren Fragebögen auf spürbare Neugier und eine nachhaltige Motivation beim Ausfüllen und späteren Besprechen der Antworten.

Bei der Befragung der Jugendlichen stellte sich heraus, dass

- triviale Fernsehsendungen („Die Super Nanny“, „DSDS“, „Raus aus den Schulden“, etc.) nur von wenigen regelmäßig gesehen werden,
- jeweils etwas mehr als die Hälfte regelmäßig im Internet surfen und auf „SchülerVZ“ sind,
- vorgegebene traditionelle Erziehungsziele im Familienleben durchgehend als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ erachtet werden und
- Wertevorstellungen im Gemeinschaftsleben wie Engagement für andere, Gerechtigkeit, Leistungsbereitschaft, Toleranz, Solidarität und Zivilcourage durchweg hoch angesehen und eingeschätzt werden.

Auch bei den freien Antworten erhielten positive soziale Verhaltensweisen wie „Freunden helfen, wenn es denen nicht gut geht“, „wenn jemand krank ist, ihn zu motivieren“ sowie „Verantwortung übernehmen“, hohen Zuspruch.

Bei einer Gruppenarbeit mussten sich die Jugendlichen einigen, vorgegebene Wertebegriffe in eine Rangordnung zu bringen. Nach lebhafter Diskussion

mit vielen Streichungen und Änderungen standen die Begriffe „Ehrlichkeit“ und „Freundschaft“ an erster und „Sicherheit“ und „Sparsamkeit“ an letzter Stelle.

Damit kann die – natürlich nicht repräsentative – Befragung negative Schlagwörter über die Jugend, die nur an materielle Werte denkt, die keinen Wert auf ein intaktes Familienleben oder Freundschaften legt und egoistisch handelt, nicht bestätigen. Eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein!

Dass es sich dabei nicht nur um einen erfreulichen Einzelfall, sondern vielleicht um einen neuen Trend handeln könnte, unterstreicht eine Befragung von mehreren tausend Kindern im Auftrag der Kinderzeitschrift „Geolino“ in Zusammenarbeit mit dem Kinderhilfswerk Unicef. Auch dort genießen Familie und Freunde den höchsten Stellenwert bei den Kindern. Sie eint eine Sehnsucht nach Geborgenheit und Sicherheit. Materielle Wünsche stehen am Ende der Liste. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die Shell-Studie 2010.

Dies sollte Ansporn sein, negative Aussagen über Jugendliche nicht unkritisch zu übernehmen, sondern ihnen zu helfen, dass sie ihre positiven Wertevorstellungen in ihrem Leben auch entwickeln und umsetzen können. Hierzu bedarf es neben „funktionierenden Elternhäusern“ auch gut ausgebildeter Lehrerpersönlichkeiten, die in ihrer Vorbildfunktion nicht nur über fachliche Qualitäten, sondern auch über das notwendige Einfühlungsvermögen und „soziale Gewissen“ verfügen. Oder um es mit **Hans-Joachim Gauck**, evangelischer Pastor und Publizist, zu sagen, der seinem 2010 geborenen Enkel wünscht: „Geduldige liebe Eltern. (...) Was später ein guter Bürger sein soll, das muss vorher ein geliebtes Kind gewesen sein. Zum Zweiten wünsche ich ihm, dass er in einem Land aufwächst, das an seine Fähigkeiten glaubt.“

Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

Redaktion Patricia Romanowsky, Simone Handt, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)

Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,

Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,

E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

EAK-Bundesgeschäftsstelle

c/o Dr. Thomas de Maizière MdB

Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

EAK-Bundesgeschäftsstelle

c/o Dr. Gottfried Mehnert

Klingelhöferstraße 8

10785 Berlin

Gabriele Hermani

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Hannoversche Straße 28-30

10115 Berlin

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation

Agentur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis

Titel + S. 5 © Dr. Thomas de Maizière; S. 3 © 2011

Bundeswehr/Kazda; S. 6 © marc fischer; S. 9 ©

Dr. Gottfried Mehnert; S. 10 + 12 © bilder.cdu.de,

S. 10 © Dr. Markus Dröge, © Hans-Georg von der

Marwitz, Frank Henkel © Martin U.K. Lengemann,

Thomas Rachel © Hr. Ossenbrink; S. 11 Angela

Merkel © CDU/ Laurence Chaperon, © Dr. Nor-

bert Röttgen, Prof. Dr. Jürgen Moltmann

© epd-bild/Gerhard Bäuerle, © Tanja Gönner,

© Dr. Rolf Martin Schmitz, Pastor Dr. Thomas

Schaack © Sven Kriszto, © Prof. Dr. Jürgen Augustin,

© Prof. Dr. Wolfgang Merbach; S. 13 © dpa;

S. 16 © Gabriele Hermani; S. 17 © Katrin Göring-

Eckardt, Präses Nikolaus Schneider, Jochen Bohl

und Stanislaw Tillich; S. 18 © EAK-Niedersachsen,

© EAK-Bundesgeschäftsstelle;

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Geneh-

migung der Redaktion und mit Quellenangabe gestat-

tet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich

gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des

Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion

oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

Pfingsten 2011

*„Es hatte aber die Welt einerlei Zunge
und Sprache ...“ (1. Mose 11,1)*

Der Bericht vom „Turmbau zu Babel“ will die Zerstreuung und Zerrissenheit des menschlichen Kultur- und Weltstrebens deutlich machen. Der Mensch, seitdem er in das Licht der Geschichte getreten ist, geht mit seinen gottgeschenkten Potentialen und seiner verdankten Vormachtstellung keineswegs verantwortlich, dem Leben förderlich und behutsam um, sondern sein ganzes Streben ist immer wieder umschlossen und gefangen von der Macht der Sünde, um allein einem Ziel zu fröhnen: sich selbst „einen Namen“ zu machen.

Wie anders ist nun aber die Erfahrung von Pfingsten: Die Sprachbarriere ist aufgehoben, Gott schenkt Verstehen, Gott schenkt seinen Geist, der sich wie ein Lauffeuer der Liebe in den Herzen der unterschiedlichsten Menschen ausbreitet, so dass sie predigen, Gott loben und seinen Namen preisen anstatt des eigenen.

Wo Menschen einander verstehen und im Geiste Christi näher kommen oder sich wieder neu annehmen können, wo sich statt blinder Gewalt und abgründigen Rachestrebens die Liebe Gottes in unsere Herzen senkt, und wo sich schließlich Völker in Frieden miteinander verständigen und als Menschengeschwister erkennen, da geschieht das Pfingstwunder von neuem.

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

